

Bezugspreis:
Wochenschrift, 60.— M., monatlich 20.— M.
frei ins Haus, portos zahlbar. Post-
bezug: monatlich 20.— M., einjährig 240.—
M., halbjährig 120.— M., einschließlich
Postgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Elsaßgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Ostpreußen, Ostpreußen,
Litauen und Kurland 24.— M., für
das übrige Ausland 28.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Sonnenschein“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die „Vorwärts“-Anzeigenpreise
sind die niedrigsten. Kleine Anzeigen
das erste Mal 2.— M., das zweite Mal
1.— M., das dritte Mal 0,50.— M.,
das vierte Mal 0,25.— M., das fünfte
Mal 0,15.— M., das sechste Mal
0,10.— M., das siebente Mal
0,07.— M., das achte Mal
0,05.— M., das neunte Mal
0,04.— M., das zehnte Mal
0,03.— M., das elfte Mal
0,02.— M., das zwölfte Mal
0,01.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich
Leistung des Druckers.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: 117 53-54

Dienstag, den 17. Januar 1922

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: 117 53-54

Die Konferenz Poincaré-Lord Curzon

Paris, 17. Januar. (EE.) Ueber den Verlauf der gestrigen Be-
sprechung zwischen Poincaré und Lord Curzon weiß das
„Petit Journal“ zu melden, Poincaré habe sich mit dem englischen
Botschafter, daß erst eine allgemeine Liquidation der zwischen
Frankreich und England schwebenden strittigen Fragen stattfinden
müsse, ehe ein englisch-französischer Garantievertrag geschlossen
werden könne, grundsätzlich einverstanden erklärt, und zwar soll
die Regelung aller dieser Fragen auf diplomatischem Wege
und nicht durch die direkten Ministerkonferenzen erfolgen. Es würden
somit von den Botschaftern zwischen Paris und London demnächst
Noten gewechselt werden. Französische Seite ist man entschlossen,
diese Verhandlungen soviel wie möglich zu fördern, damit die ur-
sprünglich auf Mitte Januar festgesetzte Konferenz der
Außenminister spätestens Ende Januar stattfinden kann.
Dies sei um so notwendiger, als das englische Unterhaus am 1. Fe-
bruar zusammentritt, wonach Lord Curzon London schwer ver-
lassen könnte. Zudem wünschen die Außenminister zu einem mög-
lichst frühen Zeitpunkt zu tagen, weil die Schneeschmelze in Anato-
lien den Wiederausbruch des griechisch-türkischen Krieges zur Folge
haben könnte.

Was das Reparationsproblem angeht, so habe Poincaré
erklärt, daß hierüber zwischen der französischen und der eng-
lischen Regierung keinerlei Meinungsverschiedenheit bestehe. Die
englische Regierung habe immer erklärt, daß sie die Durchführung
des Friedensvertrages wolle. Das Reparationsproblem werde somit
in die diplomatischen Verhandlungen der nächsten Zeit nicht auf-
genommen werden, sondern man werde darüber gesondert ver-
handeln.

Zur Reparationsfrage meldet der „New York Herald“ noch:
Poincaré und Lord Curzon sind übereingekommen, daß zunächst ein-
mal die Entscheidung der Reparationskommission
abgewartet und diese zur Grundlage der Besprechung zwischen
Frankreich und England gemacht werden solle. Deutschland soll auf-
gefordert werden, seinen guten Willen zu bekunden, indem es wirt-
schaftliche und budgetäre Reformen einführt. Täte
Deutschland dies nicht, so hätte England nichts dagegen, daß Frank-
reich alles aufbiete, um aus Deutschland an Entschädigungen heraus-
zuholen, was Frankreich zuliebe.

Die Frage von Tanger.

London, 17. Januar. (EE.) Wie die „Daily Mail“ meldet,
sind im Laufe der Besprechungen zwischen Poincaré und Lord
Curzon auch die Schwierigkeiten, die sich der Lösung der Frage von
Tanger entgegenstellen, erörtert worden. Diese Verhandlungen be-
wegten sich auf folgender Linie: Das Statut der Stadt Tanger ist
von den Mächten immer noch nicht endgültig geregelt. Tanger war
in das französisch-spanische Abkommen von 1912,
das die Einflusssphäre der beiden Staaten umgrenzt, nicht aufge-
nommen worden. In der 1913 zwischen England, Frankreich und
Spanien geschlossenen Konvention von Madrid war die Inter-
nationalisierung der Stadt in Aussicht genommen worden.
Lehntes Abkommen wurde von England und Frankreich unter-
zeichnet, aber der Friede verhinderte die Unterzeichnung des Ab-
kommens durch Spanien. Frankreich und Spanien fordern nun
gleichzeitig die Zuweisung der Stadt Tanger. Frankreich erklärt,
daß der Sultan unter französischem Protektorat stehe. Die Spanier
verweisen darauf, daß sich die spanische Zone rings um die Stadt
erstrecke und sie führen auch für die Zuweisung der Stadt strategische
Gründe an, die aber von Frankreich und England nicht anerkannt
werden. Auf der Konferenz von Cannes hatten Briand
und Lord Curzon eine kurze Unterhaltung über diese Frage. Dabei
wurde die Internationalisierung von Tanger grund-
sätzlich beschlossen. Ferner kam darüber eine Abmachung
zustande, daß eine Konferenz demnächst nach London berufen
werden solle, auf der England, Frankreich und Spanien vertreten
sein werden, um die Einzelheiten der Internationalisierung zu regeln.
Es steht noch nicht fest, ob Poincaré den zwischen Briand und Lord
Curzon vereinbarten Beschluß ratifizieren wird.

Poincaré und seine Folgen.

Washington, 17. Januar. (WTB.) Der Senat hat gestern die
Resolution Mac Cormick angenommen, in der das Staatsdeparte-
ment aufgefordert wird, eine Untersuchung über die europäische
Finanzlage und die Wirkungen anzustellen, die die Land-
rückstellungen der europäischen Länder auf die europäischen
Schulden an die Vereinigten Staaten haben könnten.

Prag, 17. Januar. (Antel.) Die „Tribuna“ schreibt, daß der
Fall Briand einen bedeutenden Einfluß auf die auswärtige Politik
der Tschechoslowakei ausüben werde. Es sei Zeit die eng-
lischen Wege zu gehen, von welchen der Außenminister Beneš
kürzlich gesprochen habe und mit denen er eine politische Methode
meinte, in der die Rücksicht auf die eigenen wirtschaftlichen Inter-
essen alle anderen Erwägungen überwiege. Die Tschechoslowakei
würde, wenn sie zur Politik Englands hinneige, gewiß nicht weniger
gewinnen, als sie von Frankreich verliert, das eine Offensive gegen
Deutschland und dadurch auch gegen eine rasche Konsolidierung
Mitteleuropas vorbereitete.

Eine Kraftvergeudung.

London, 17. Januar. (WTB.) In einem Leitartikel gibt die
„Daily Mail“ der Hoffnung Ausdruck, daß der Oberste Rat dem Vor-
schlag der Mitternachts-Kommission, die Auslieferung der
Kriegsschuldigen zur Aburteilung zu fordern, nicht
stattgeben wird. Jedes Gericht, das von Mitternachts gebildet
sei, werde ebenso wie das deutsche Gericht dem Vorwurf der Parteilichkeit
angeseht werden. Es würde keine praktische Politik
bedeuten, gerade im gegenwärtigen Augenblick diese Aufgabe zu
übernehmen. Keine deutsche Regierung könne oder werde die deut-
schen Kriegsschuldigen ausliefern. Der Versuch, sie dazu zu zwin-
gen, würde eine Kraftvergeudung bedeuten.

Faszienskämpfe bei Mailand.

Mailand, 17. Januar. (Antel.) In mehreren Gemeinden in
der Umgebung von Mailand fanden gestern Zusammenstöße
zwischen Fasziisten und Kommunisten statt. Von den Be-
hörden wurden in allen Lokalen der kommunistischen Sektionen
Hausdurchsuchungen angeordnet. Die Lokale wurden von Polizei besetzt
und nach Beschlagnahme der Register und Akten gesperrt. Zwei
kommunistische Teilnehmer an den Kämpfen mit den
Fasziisten wurden verhaftet.

Die Arbeiter der Werft von Piombino wurden ausgesperrt,
weil sie zum Protest gegen die Einäscherung der Arbeitskammer durch
Fasziisten in einen einseitigen Streik getreten waren.

Hamburg unter Verkehrsperre.

Hamburg, 17. Januar. (TL.) Mit Bezug auf die von der
Reichseisenbahnverwaltung erneut über den Verkehr vom Westen
nach Hamburg verhängte Güterperre hat der Senat an den
Reichsverkehrsminister ein Telegramm des Inhalts gerichtet, daß die
sich immer wiederholende Verkehrsperre eine völlig un-
erträgliche, schwere Schädigung des Hamburger Han-
dels sei, daß es dringend notwendig sei, die Verkehrsverhältnisse der
Strecke nach Hamburg schleunigst zu ordnen, daß die jetzige Sperre
baldmöglichst aufgehoben werde und weiterhin Vorkehrungen gegen
ihre Wiederverhängung getroffen werden. Der Schiffsverkehrsverkehr gehe
unter der Wirkung der Sperre auffallend zurück, und eine starke
Umlagerung der Ausfuhrgegenstände nach ausländischen Häfen sei be-
reits heute festzustellen.

Frankreich in Memel.

Unsere Mitteilungen über eine der Stadt Memel von einer fran-
zösischen Gesellschaft zugemutete Finanzaktion, die den städtischen
Grundbesitz jener Gesellschaft zuführen sollte, wurden von dem
demokratischen „Memeler Dampfboot“ eigenartig bemängelt.
Niemand wußte besser als die Zeitung dieses Staates, daß der
„Vorwärts“ höchstens zu wenig von dem mitgeteilt hatte, was Tat-
sache war. Trotzdem bestritt das „Memeler Dampfboot“ zum
Teil unsere Mitteilungen. Seine einzige Entschuldigung bildet die
Feststellung, daß es auf einen, allerdings mehr einem Befehl
ähnlichen Wunsch der französischen Befehlshaberbehörde hin nichts
wissen wollte. Doch mußte das Blatt selbst unter diesem
Druck gegenüber unserer Andeutung schweigen, daß es sich, wenn
Oberkommissar Petisus selbst nicht an der Gesellschaft beteiligt
sein sollte, einmal in seiner Verwandtschaft umsehen
müßte. Das hat bei denen, die durch das demokratische Blatt die
öffentliche Meinung Deutschlands blenden zu können glaubten, so
durchschlagend gewirkt, daß wir auf eine weitere Erweiterung ver-
geblich warten mußten. Aber ein kluger französischer Mann von
starkem Ehrgeiz, der trotz des Wechsels des Oberkommissars in der
Stille blieb und wirkte, mußte plötzlich vorübergehend nach
Frankreich und Genf. Seitdem ist es ganz stille geworden von der
so fein erfolgten Millionenoperation. Allerdings die Gefahren
sind damit vom Memelland keineswegs abgewandt und wir haben
Grund zu der Annahme, daß man in memelländischen Kreisen heute
in manchen Fragen klarer sieht als noch vor kurzer Zeit.

Optimismus an der Berliner Börse.

Am heutigen Berliner Devisenmarkt zeigten sich nur
sehr geringe Schwankungen. Der Dollar wurde wie
gestern mit 184—185 gehandelt. Am Effektenmarkt scheint
sich eine neue Haufe vorzubereiten, da man an der Börse
die politische und wirtschaftliche Lage jetzt ruhiger beurteilt.
Besonders starke Kurssteigerungen vollziehen sich
auf dem Markt der Kali-Aktien und der Kohlen-
werke. Es sollen bereits wieder große Fusionspläne
in der Montanindustrie sprudeln sein. Die Tendenz der heuti-
gen Effektenbörse war fest.

Die interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat nach
einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ jede Kundgebung und
Festlichkeit aus Anlaß des Gründungstages des deut-
schen Reiches verboten.

Neuwahlen in Braunschweig.

Von Dr. Wilhelm Bolze, Braunschweig.

Am 6. Januar ist die Braunschweiger verfassunggebende
Landesversammlung geschlossen worden, und am 22. Januar
sollen die Wahlen für den ersten Landtag des
Freistaates Braunschweig stattfinden. Unsere Parteigenossen
blicken mit außerordentlicher Spannung auf den Ausfall dieser
Wahlen. Nichts Geringeres steht auf dem Spiele als die
Aufrechterhaltung der sozialistischen Parlamentsmehrheit und
das Weiterbestehen der reinsozialistischen (aus Sozialdemo-
kraten und Unabhängigen bestehenden) Landesregierung,
deren Beseitigung von allen bürgerlichen Parteien, einschließ-
lich der Demokraten, mit unerhörter Leidenschaft und Erbitter-
ung angestrebt wird. Eine Pressepropaganda von selten er-
lebter Verlogenheit und Schamlosigkeit hat in den letzten Jahren
versucht, den Freistaat Braunschweig im ganzen übrigen
Reiche in schwersten Mißkredit zu bringen und die „sozia-
listische Mißwirtschaft“ zu lästern, die dort angeblich getrie-
ben worden sei. Ein Rückblick auf die Wirklichkeit der
braunschweigischen sozialistischen Regierung dürfte deshalb
von Interesse sein, um die Erfolge sozialistischer Regierungs-
politik ins rechte Licht zu setzen.

Nachdem die Wahlen zur Braunschweiger verfassung-
gebenden Landesversammlung am 16. Mai 1920 eine sozia-
listische Mehrheit ergeben hatten, erfolgte die Bildung einer
reinsozialistischen Regierung auf Grund eines Regierungs-
programmes, dessen Forderungen im Wesentlichen auf dem
damals für unsere Partei noch maßgebenden Erfurter Pro-
gramm fußten, bei dem also alle undemokratischen Grund-
sätze des Leipziger Aktionsprogramms der Unabhängigen
ausgeschaltet blieben. Der Landeswahlverband, ein Gemisch
von Deutschnationalen, deutscher Volkspartei, Welfen,
Zentrum und Landbund, nahm von Anfang an mit den schärfsten
Mitteln, u. a. durch wochenlange Obstruktion, den Kampf
gegen die sozialistische Regierung auf, und sein Sprecher
Hampe erklärte bereits in der Sitzung, in der sich die Re-
gierung der Landesversammlung vorstellte, ausdrücklich,
„seine Fraktion werde der sozialistischen Regierung das Leben
so schwer wie möglich machen“. Freilich sind alle diese Be-
mühungen fruchtlos geblieben, und selbst der Versuch, die An-
nahme einer Verfassung zu hintertreiben, der sogar in einem
Appell an den Staatsgerichtshof gipfelte, endete mit einer
schmachvollen Niederlage der bürgerlichen Opposition. So ist
denn endlich noch in der vorletzten Woche des verfloffenen
Jahres die Verfassung verabschiedet worden, die
zwar infolge der kommunistischen Gegnerschaft nicht alle
sozialistischen Wünsche verwirklichen konnte, aber immerhin
eine brauchbare Grundlage für eine freiheitliche Entwicklung
des Staatslebens bietet.

Die Agitationslage von der „sozialistischen Mißwirt-
schaft“ wird am deutlichsten angesichts der Finanzwirtschaft
der sozialistischen Regierung. Der braunschweigische Staat
schleht mit dem für heutige Verhältnisse sehr geringen
Schuldenstand von 20 Millionen Mark ab. Ohne den erst in jüngster
Zeit notwendig gewordenen Bedarf von 32 Millionen Mark
für die Beamtenbesoldungsreform würde sich so-
gar ein Uberschuss von rund 12 Millionen Mark er-
geben. Damit stehen die braunschweigischen Finanzen nach
Boden am weitgünstigsten von allen deutschen Bundesstaaten.
Die vom Staate in eigene Bewirtschaftung ge-
nommene Domäne Salder hat einen Reingewinn von
über 280 000 Mark ergeben. Ganz anders würde
freilich das Bild aussehen, wenn die Eigentumsforde-
rungen des ehemaligen Herzogs bewilligt worden
wären, deren Höhe nach heutigem Geldwert auf über eine
Milliarde Mark beziffert werden muß. Die Bewilligung
dieser Forderungen wird vom Landeswahlverband aufs
eifrigste propagiert; ja, sie werden sogar als noch zu niedrig
bezeichnet.

Wichtige Fortschritte sind ferner in der Rechtspflege ge-
macht worden. Die Handhabung des Strafrechts und der
Strafvollstreckung wird von sozialen und humanen Gesichts-
punkten diktiert, ein Gefängnisbeirat übt die Kontrolle des
Strafvollzugs aus, ein aus Richtjuristen aus allen Schichten
der Bevölkerung bestehender „Beirat in Gnadenfällen“ beim
Staatsministerium wirkt auf größtmöglichen Erlaß, Milder-
ung der Umwandlung von Strafen hin; für weitgehende
Heranziehung der Arbeiterschaft als Schöffen und Geschworene
ist gesorgt worden, und das Richterpenalgesetz er-
möglicht es, richterliche Beamte, die die Altersgrenze von
68 Jahren überschritten haben, durch junge, in moderneren
Rechtsanschauungen aufgewachsene Beamte zu ersetzen.
Ebenso ist für eine durchgreifende Demokratisierung
der Polizei gesorgt worden, deren Beamte sich aus-
schließlich aus zuverlässigen Republikanern zusammensetzen.
Im Zusammenhange damit stand ein sehr heftiger Kampf
der sozialistischen Regierung zur Durchführung der Entwaff-
nung und zur Auflösung einer ganzen Reihe gegenrevolutio-
närer Organisationen von der Art der Ortschaft.

Von fortschrittlichem, freiheitlichem Geiste durchsetzt ist seit der Wirksamkeit der sozialistischen Regierung auch das braunschweigische Schulwesen. Besonders hervorgehoben zu werden verdient der Plebiszitäre „Kulturerlass“, der unter Berufung auf den Artikel 148 der Reichsverfassung Erziehung im Geiste der Völkerverständigung fordert. Von großer praktischer Bedeutung war sodann die Berufung unseres Genossen Stölzel, eines modernen Schulreformers, als Landes-Schulrat für das höhere Schulwesen, der sich rühmen kann, sich den grimmigsten Haß aller braunschweigischen Reaktionen zugezogen zu haben. Der Unterschied zwischen unterer und mittlerer Bürgerschule wurde durch Einrichtung einer allgemeinen Volksschule beseitigt und die geistliche Ortschulaufsicht aufgehoben. Ueberhaupt wurde Sorge getragen für Einschränkung des Klassencharakters der Schule, Ermöglichung des Aufstiegs der Begabten und mannigfache Förderung der Volksbildung.

Vielleicht die schwierigsten Leistungen hatte der Ernährungsminister, Genosse Antrick, zu vollbringen, nachdem das Reich an den Abbau der Zwangswirtschaft gegangen war. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß es ihm gelungen ist, die Brotpreise sehr niedrig zu halten und die zur Verteilung an die Bevölkerung gelangende Brotmenge um 300 Gramm pro Kopf und Woche höher zu bemessen als im ganzen übrigen Deutschland. Versuche, auch die Kartoffelbelieferung zu erleichtern und verhältnismäßig niedrige Kartoffelpreise festzusetzen, und dahingehende Anträge auf den Ernährungsministerkonferenzen scheiterten leider an der Haltung der Reichsregierung. Der Milchpreis konnte bis zur Aufhebung der Fettbewirtschaftung durch das Reich auf 1,10 Mark pro Liter gehalten werden.

Erfreuliche Ergebnisse hat die sozialistische Regierungspolitik ferner in der Landbeschaffung und Siedlung erzielt. Bisher sind 109 000 Morgen Land für Landbedürftige bzw. Kleinpächter beschafft, 700 Morgen Land für Siedlungsbauten enteignet und bereits 1700 Siedlungshäuser errichtet worden. Zum Schutze der Kleinpächter gegen wucherische Verpächter ist eine Pachtbuchordnung erlassen worden. Die geplante Reform der Kreisordnung hat leider noch nicht erfolgen können, ebenso die sehr wichtige Umgestaltung der Landwirtschaftskammer, weil das Reich bisher noch nicht das angekündigte Rahmengesetz erlassen hat.

So sieht also — und es könnten noch weitere Beispiele angeführt werden — die „sozialistische Miswirtschaft“ in Wirklichkeit aus. Die Wiederkehr einer sozialistischen Parlamentsmehrheit und Regierung könnte als zweifellos betrachtet werden, wenn nicht leider gerade in Braunschweig der sozialistische Bruderstreit so viele Kräfte absorbiert und die Werbetaktik der sozialistischen Idee so empfindlich geschädigt hätte. Von der Stellung der braunschweigischen Unabhängigen zur proletarischen Einheitsfront wird es abhängen, ob sich am Wahltage die sozialistische Parlamentsmehrheit hegrelch gegenüber dem wütenden Ansturm des reaktionären Bürgerturns wird behaupten können.

Zentrum und Republik.

Die heutige Verhandlung des Zentrumsparteitages begann mit dem Referat des Senatspräsidenten Marx, Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, über „Ideen und Ziele der Zentrumspartei“. Marx verwahrte seine Partei hauptsächlich gegen Vorwürfe, die ihr von der rechten Seite gemacht werden: das Zentrum hätte sich als christliche Volkspartei nicht

mit der Sozialdemokratie verbunden

dürfen. Hierauf erwiderte Marx, daß es sich bei der Koalition nicht um einen Bund oder eine Verschmelzung, sondern lediglich um eine Arbeitsgemeinschaft handle. (Das ist auch die Auffassung der Sozialdemokratie. Red.) Niemals sei vom Zentrum ein Aufgeben seiner Weltanschauung oder seiner Grundzüge verlangt worden. In der Weimarer Verfassung sei die Freiheit der Kirche besser gewahrt, als man es zurzeit der Wahlen zur Nationalversammlung für möglich gehalten habe. — Weiter werde dem Zentrum vorge-

worfen, daß es eine grundsätzliche monarchistische Partei gewesen sei und sich nicht ohne weiteres

mit der republikanischen Staatsverfassung habe abfinden

dürfen. Marx stellte demgegenüber fest, daß die Weimarer Verfassung, was von der Rechten meist übersehen werde, auf rechtlich durchaus einwandfreie Weise zustande gekommen sei nämlich durch die nach dem freien Wahlrecht gewählten Vertreter des gesamten Volkes. Republik und Monarchie, sagte Marx, beide Staatsformen sind mit der christlichen Auffassung vom Wesen des Staates durchaus vereinbar. Das Zentrum werde nur eine Nachprüfung oder Veränderung der Verfassung verlangen, wenn wichtige Gründe vorhanden sind. Zurzeit sei es das denkbar Unwünschteste, sich auf Verfassungskämpfe einzulassen. Es sei Gewissenspflicht jedes überzeugten Christen, der Obrigkeit untertan zu sein; ob sie ihm gerade paßt oder nicht, ist dabei vollständig gleichgültig. — Schließlich verteidigte Marx das Zentrum gegen den Vorwurf, in unzulässiger Weise den Einheitsstaat gefördert zu haben. Wenn die Rechte der einzelnen stark eingeschränkt worden seien, so sei es nur geschehen, weil das finanzielle Interesse des Reiches es dringend verlangt habe. In demonstrativer Weise lobte Marx dem Reichskanzler Dr. Wirth warmes Lob, den er als weithin leuchtendes Beispiel und Vorbild pries. Wirth habe mit Hintanhaltung aller persönlichen Interessen für die Fahne des Führers der deutschen Politik erstritten, wenn andere zögern und zweifelhaft, oft aus kleinlichen Parteirücksichten zur Seite treten und sich scheuten. Dieser Vorwurf ist in der Parteipresse vorwiegend behauptet worden, daß Marx das erste Parteivorstandesreferat über die politische Lage, für das er ursprünglich vorgesehen war, das aber vom Reichsarbeitsminister Brauns erhalten wurde, aus politischen Gründen entzogen worden sei, weil Marx ein Gegner der Wirthschen Politik wäre. Am Schlusse seiner Ausführungen wies Marx diese Behauptung ausdrücklich zurück und betonte: „Namens der Fraktion erkläre ich nochmals, daß

die Reichstagsfraktion des Zentrums hinter dem Reichskanzler

steht. An der Tatsache, daß die Politik des Reichskanzlers und der Fraktion vollen Erfolg gezeitigt hat, ist heute nicht mehr zu rütteln.“

In das Referat schloß sich eine Diskussion, in der zunächst Hildebrandt-Soerbrücken für das Sozialreferat sprach, das deutsch ist und die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich erhebt. (Stürmischer Beifall.)

Fehrenbach und die Deutsche Volkspartei.

Der scharfe Angriff Fehrenbachs gegen die unzuverlässigen Elemente der Deutschen Volkspartei veranlaßt die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offiziöse Organ der D. Vp., zu einer Erwiderung, in der es heißt:

Es entspringt wohl nur der besonderen Vorliebe (?) des Herrn Fehrenbach für einzelne ihm besonders nahestehende Mitglieder der Deutschen Volkspartei (!), wenn er meint, diese seien für eine Koalition mit dem Zentrum geeignet, andere dagegen nicht. ... Pringi die Deutsche Volkspartei das Opfer (!), in die Regierung einzutreten, um zur Durchführung der Regierungspolitik alle diejenigen geistigen und wirtschaftlichen Kräfte einzuziehen, deren Vertreterin sie ist, so tut sie das nur, wenn sie die Gewißheit hat, daß sie gleichberechtigt mit jeder anderen Partei im Sinne ihrer Anschauungen auf die Regierungspolitik einwirken kann. Welche Männer sie zu ihrer Vertretung in der Regierung für geeignet hält, muß dann Herr Fehrenbach, selbst auf die Gefahr hin, daß ihm die Vertreter nicht sonderlich gefallen, schon der Deutschen Volkspartei überlassen, wie ja auch das Zentrum bisher in nichtgehendem Maße dieses Recht für sich in Anspruch genommen hat.

Die Erklärung weist ferner „mit aller Entschiedenheit“ die Behauptung Fehrenbachs zurück, daß es in der Deutschen Volkspartei Elemente gibt, die den Eintritt in die Regierung nur dazu benutzen würden, um die Regierungstätigkeit zu sabotieren. — Das alles trifft den Kern der Fehrenbachschen Ausführungen nicht. Will die „Nat. Kor.“ mit ihren Worten die Absicht ausdrücken, das Kabinett Wirth mit den Männern aus ihren Reihen zu verstärken, die jetzt Schulter an Schulter mit Hefflerich und Konstantin die Auslandspolitik des Kabinetts Wirth in der gehässigsten Weise bekämpfen, so bestätigt sie letzten Endes damit die sachliche Unmöglichkeit, in dieser Weise eine Verbreiterung der Regierungsbasis eintreten zu lassen.

Der Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt

Von Werner Dreiburg.

Es war einmal ein Vogelnest. Die Vögel, die darin saßen, waren noch nicht ganz flügge, aber die meisten von ihnen schienen für ihr Alter bereits recht verständig. Einer irrtümlich machte einen weniger guten Eindruck. Seine Bewegungen sahen arrogant und herausfordernd aus. Unter den Augen, zu beiden Seiten des Schnabels, sträubten sich seine Federn kühn empor gleich dem Schnurrbart eines Katers. Unter dem linken Flügel hing eine Feder, die irgendwie an die Spitze einer Komödie gemahnte. Diese Feder schleifte am Boden und rauschte so laut, daß es fast wie ein Koffeln klang. Ueberhaupt schien dieser forsche und impulsive Vogel nicht nur forsche und impulsiv, sondern in einer ununterbrochenen Aufregung zu sein. Gar oft hatte er einen nervösen Durchfall. Dann legte, warf, schmetterte er unermüdet und rücksichtslos seine Exkremente mitten ins Nest. Ob des Gestankes, der sich hierauf erhob, murrt nicht nur die Restgenossen, sondern aus allen benachbarten Nestern, endlich aus dem ganzen Walde kamen ergrimmt oder ohrwündernde Vögel herbeigeschossen, und einige von ihnen meinten, dieses Nest verpöste mit seinem Gestank die ganze Nachbarschaft und müsse entweder von allen gemieden oder gar bonfottiert oder ausgerottet und den Baumwipfeln gleichgemacht werden. Andere aber sagten, man dürfe die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Zustände in jenem Neste sich einmal bessern würden; Bernunft und Liebe für Sauberkeit gäbe es auch dort. Dabei wiesen sie auf einen von den jungen Vögeln hin, der dem Vogel mit der Schleppfeder eine scharfe und mutige Mahnrede hielt und seine Restgenossen aufforderte, mit ihm zusammen den Unrat des forschen Durchfallvogels zu beseitigen.

Der aber brauste auf und schrie ihm an: „Kerrel! Was erlauben Sie sich? So eine Unverschämtheit! Wai! Delbell! Sie schämen sich nicht, die Ehre Ihres Vaternestes vor den Bewohnern der anderen Nester zu schänden und herunterzureißen? Sie sind ja — ah — Sie sind — ah gewissermaßen ein Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt.“

Dann wandte er sich von dem mutigen Mahnredner verächtlich ab und seiner gewohnten Beschäftigung zu, und es klang wie ein Trommelwirbel. Denn er legte, warf, schmetterte unermüdet und rücksichtslos seine Exkremente mitten ins Nest.

Internationale Brunnerel. Eine Proklamation an alle Mohammedaner, die der Minister für Kultur der kemalistischen Regierung in Angora erlassen hat, lenkt die Aufmerksamkeit der Gläubigen auf das „fandaböse Benehmen“ der türkischen Frauen von heute, besonders in Konstantinopel. Das Tanzen, das bei den Türkinnen eingebunden ist, wird hier als eine schamlose und allen

Uebelwirkungen des Islam höhnischende Betätigung verdammt, und ebenso wird das Ausgehen von türkischen Frauen mit Nichtmohammedanern als ein „großes Verbrechen“ gezeichnet. Der Erlass des Ministers erklärt, daß das türkische Parlament mit Bedauern habe feststellen müssen, daß einige Türkinnen in Konstantinopel sich nicht entblödet hätten, mit Nichttürken Ausflüge zu machen. „Entscheidung dieser Art“, heißt es weiter, „untergräbt die alten Gewohnheiten des Volkes. Aber diese gerügten Unsitte werden im geheimen betrieben, und es sind nur wenige, die dem europäischen Einfluß erliegen.“

Wie man sieht, ist die Brunnerel keine lokale Krankheit, sondern eine Weltseuche wie die Grippe, die weder Staatsgrenzen noch Religions- und Rassenunterschiede respektiert. Nur die Symptome sind verschieden, je nach den örtlich herrschenden „heiligen“, „ewigen“, „allgemein menschlichen“, „gefunden“ und „normalen“ Sittlichkeitsbegriffen. Wir würden uns nicht wundern, wenn demnächst aus den Palau-Inseln die Nachricht eintröfe, daß dort eine kraftvolle Bewegung gegen die neueste, immer mehr umherschreitende fandalöse Modetracht der jungen Insulanerinnen eingeleitet hat. Die entsetzliche Damenwelt von Palau will sich nicht mehr mit dem durch Moral und Herkommen geheiligten Lebensdünzel begnügen, sondern sie entblödet sich nicht, nach dem Vorbild einer verkommenen europäischen Bevölkerung, auch den Nabel und die Brüste schamlos zu verhängeln.

Theaterstellungslofer Schauspieler. Um der großen Arbeitslosigkeit unter den englischen Schauspielern in etwas zu steuern, hat die englische Bühnengewerkschaft einen Fonds fürstellungslofer Schauspieler geschaffen und eine Organisation ins Leben gerufen, die den brotlosen Künstlern Beschäftigung zu vermitteln sucht. Man will aus denstellungslosen Schauspielern Theatertruppen zusammenschließen, die in den Londoner Vorstädten und in den kleineren Städten Großbritanniens Vorstellungen geben sollen. Bei diesen neuen Theaterorganisationen werden nur Mitglieder der englischen Bühnengewerkschaft beschäftigt. Die durch die Gesellschaft gegründeten Theatertruppen sehen ein Mindesthonorar von drei Pfund die Woche vor. Von allen überschüssigen Gewinnen sollen 40 Proz. an den Fonds abgeführt werden. Die neuen Theatertruppen werden die verschiedenartigsten Gattungen pflegen und Instände sein, sowohl ein Shakespearesches Trauerspiel als auch eine Revue vorzuführen.

Die Opfer der „Trochtheit“. Das Alkoholverbot hat in Amerika sehr unerwünschte und verhängnisvolle Folgen gehabt, wie wieder einmal durch einige Vorfälle der letzten Tage belegt wird. So meldet der New Yorker Polizeibericht, daß seit dem Beginn des Jahres 103 Todesfälle innerhalb wenig mehr als einer Woche bekanntgeworden sind, die durch das Trinken von giftigem Alkohol verursacht wurden. Die Staatsanwaltschaft des Staates New York wendet sich an die Bürger mit einem Aufruf, in dem es heißt, daß die Nichtbeachtung des Alkoholverbotes durch angelegene Männer eine allgemeine Verachtung des Gesetzes hervorruft, die sich in einer gefährlichen Zunahme der Verbrechen äußert. Ebenso lenkt der Gouverneur des Staates Virginia die Aufmerksamkeit auf die allgemeine Nichtachtung des Alkoholverbotes und empfiehlt die Annahme eines Gesetzes, nach der alle Bewerber um amtliche Posten

Der Moskauer Hungerstreik. Ein Teilerfolg der deutschen Protestaktion.

Das Eintreten des deutschen sozialdemokratischen Proletariats für die mit dem Abtransport nach Turkestan bedrohten menschewistischen Gefangenen hat ein teilweises Nachgeben der Moskauer Sowjetregierung zur Folge gehabt, obwohl die „Rote Fahne“ mit den verzweifeltsten Mitteln gegen die Gefangenen begreife und jede Forderung der Inhaftierten mit der wunderbaren Begründung quibelt, daß sie, die man ohne Anklage und Urteilspruch gefangen gesetzt habe, politische Gegner der Sowjetregierung seien. Wie der „Freiheit“ aus Moskau mitgeteilt wird, sind am Dienstag, den 10. d. M., die im Moskauer Butyrki-Gefängnis internierten Sozialdemokraten in Freiheit gesetzt worden. Ueber das Schicksal der übrigen politischen Gefangenen (Sozialrevolutionäre, Anarchisten usw.), die sich bekanntlich auch am Hungerstreik beteiligten, ist man vorläufig noch nicht unterrichtet. Der Befehl zum Abtransport der 35 Genossen nach Turkestan, der die Veranlassung zum Hungerstreik gab, ist aufgehoben. Statt dessen sind die aus dem Gefängnis entlassenen Genossen — nicht nur die 35, sondern auch die übrigen — angewiesen, sich binnen sieben Tagen nach einigen ihnen angewiesenen entlegenen Provinzstädten (u. a. auch Wlatta) zu begeben, die sie zwei Jahre lang nicht verlassen dürfen. Ferner ist denen, die es wünschen, gestattet, sich ins Ausland zu begeben. In diesem Falle werden die betreffenden Personen bis zur Grenze Sowjetrußlands geschafft und dort ihrem Schicksal überlassen.

Die Sowjetregierung läßt es also bei der milderen Praxis des ehemaligen Zarismus bewenden, ihre politischen Gegner in entlegene Provinzorte zu verbannen. Die Verbannung erfolgt nicht wegen irgendwelcher strafbaren Handlungen, sondern lediglich wegen abweichender politischer Meinung. Diese Bestrafung der Meinung, nicht der Tat, bleibt charakteristisch für das bolschewistische Herrschaftssystem.

Einer von vielen.

Aus Leipzig wird uns berichtet:

Wegen Besichtigung des Reichspräsidenten Ebert und des früheren Reichskanzlers Bauer ist vom Landgericht Stade am 1. Juli v. J. der Schriftsteller der „Liedtoder Zeitung“, Paul Baum in Liedtode, zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Strafgrund war von den beiden Herren gefordert worden wegen dreier Artikel, die im vorigen Jahre in der „Liedtoder Zeitung“ erschienen und vom Angeklagten verfaßt worden sind. Der erste Artikel erschien am 18. Januar 1921 unter der Ueberschrift „Gasmasten heraus!“ Es ist darin die Rede von der „Roten Räuberrepublik“, welcher gewisse Dünste einfliegen, von „Judenwirtschaft“, „Subgenossen usw. „Ueber allem“, so heißt es dann weiter, „thront hoch und erhaben Herr Ebert.“ Dann folgt eine Charakteristik des Reichspräsidenten, die sich hauptsächlich auf seine äußere Erscheinung bezieht und die Absicht persönlicher Herabsetzung deutlich erkennen läßt. In einem zweiten, am 16. Februar unter der Ueberschrift: „Man munkelt!“ erschienenen Artikel wird gesagt, jemand, der gute Beziehungen zu gewissen Kreisen habe, habe erzählt, daß der Reichspräsident sich für mehrere Millionen Mark ein Gut gekauft habe, während seine armen Verwandten auf Unterstützung angewiesen seien, um nicht zu verhungern. In dem dritten Artikel, der am 22. März erschienen ist, wird dann wieder in unständiger und absichtlich verletzender Weise die Persönlichkeit des Reichspräsidenten kritisiert und ihm sowie dem früheren Reichskanzler Bauer der Vorwurf gemacht, daß sie zur Zeit der Finanzwirtschaft der Lebensmittelbeschaffung getrieben hätten, um sich hinreichend mit Fleisch zu versorgen usw.

Das Gericht hat in allen drei Urteilen das Verhalten einer Besichtigung erblüht. Teilweise handelt es sich um reine Beschimpfungen im Sinne des § 185, teilweise um üble Nachrede gemäß § 186.

Wegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, die jetzt das Reichsgericht beschäftigt. Er suchte nachzuweisen, daß der Schuh des § 183 ihm zu Unrecht vorgesetzt worden sei, denn er habe nur öffentliche Mißstände aufdecken wollen. Im einzelnen wandte er sich dann noch gegen die Beweismittel und meinte u. a., das Wort „Vorbildbilder“ enthalte durchaus nichts Entehrendes. Das Reichsgericht hielt das Urteil nach jeder Richtung hin für einwandfrei und verworf die Revision des Angeklagten als unbegründet.

einen Eid schwören sollen, in dem sie geloben, das Alkoholverbot nicht zu überschreiten und alle Liebertretungen des Verbotes unanachlässig zu verfolgen.

Wenn Gewichte gewogen werden. Maß und Gewicht spielte in früheren Zeiten eine größere Rolle, indem man immer fürchtete, daß „mit falschem Maß“ gemessen werde oder betrügerische Gewichte zur Verwendung kämen. Heute sind wir im allgemeinen über die Wichtigkeit der Waagen beruhigt; aber wenn auch nicht mehr so arge Ungeheuerlichkeiten vorkommen, wie sie in früheren Zeiten die Empörung des Volkes hervorriefen, so fehlt es doch auch unsern Mäßen und Gewichten an vollkommener Richtigkeit. Da unsere Mäße nicht aus „unveränderlichem“ Metall bestehen, so werden sie besonders durch Dämpfe und Feuchtigkeit angegriffen. Sie verändern sich auch bei langem Gebrauch. Atmosphärische Veränderungen können leichte Veränderungen von Tag zu Tag und sogar von Stunde zu Stunde hervorrufen. Während manche Gewichte mit der Zeit leichter werden, werden andere schwerer. Man hat gefunden, daß Gewichte, die nach fünfjährigem Gebrauch zur Prüfung gesandt wurden, mehr wogen als am Anfang. Viele Ungenauigkeiten an Gewichten und Waagen werden durch unvorsichtige Behandlung, durch allzu vieles Reinigen, durch die beständige Reibung der Gewichte gegeneinander oder der Gewichte gegen die Waage hervorgerufen. Die Gewichte und Waagen eines Landes müssen daher in bestimmten Zeiträumen an Grundgewichten und Grundmaßen auf ihre Richtigkeit geprüft werden. In England erfolgt diese feierliche Zeremonie alle 20 Jahre, und zwar im Unterhaus durch Regierungsbeamte. Wie dieses Wiegen der Gewichte mit dem Normalgewicht vor sich geht, beschreibt ein Gewichtsinspizor. Die Grundnormen werden durch zwei sorgfältig bewachte Gegenstände bestimmt, nämlich durch ein Pfundgewicht und ein Parbmaß. Das Normalpfund besteht aus Platin und ist trotz seines Gewichtes nicht größer als ein Kubikzoll. Das Normalmaß ist eine Bronzestange von 33 Zoll Länge. Bei der Handhabung dieser beiden Instrumente wird die empfindlichste Sorgfalt angewandt. Das Pfundgewicht wird auf die empfindlichste aller Waagen gelegt, das Maß mit einem Mikrometer gemessen. Ist die Prüfung beendet, dann wird das Normalpfund in ein besonderes weiches Papier gewickelt und in einen verbleibten Kasten gelegt, der wieder in einem Bronzefestem Kasten liegt. Der Bronzefestem Kasten in eine Holzrinne, die verbleibt wird. Das Normalmaß wird in eine Mahagonistifte gelegt und ebenfalls verbleibt. Die beiden Normalinstrumente kommen dann in eine Pappkiste, die nachmals verbleibt wird; diese Kiste wird von einer starken Eisenkiste aufgenommen und diese schließlich verschlossene Kiste führt in ihr Grab in der Mauer des Lordener Unterhauses zurück, um erst nach 20 Jahren wieder hervorgeholt zu werden.

Das Theater des Weltens bleibt am Mittwoch und Donnerstag infolge der Vorbereitungen für die am Freitag stattfindende Aufführung der Operette „Der Tanz ins Glück“ geschlossen.

Die Deutsch-Perische Gesellschaft veranstaltet am Freitag, den 21. abends 8 Uhr, im Säal Nr. 2 des Hotelgebäudes der Universität, Dorotheenstr. 6, einen Vortrag mit Lichtbildern. Prof. Dr. G. H. Sauer, München, der Leiter einer Gruppe der Waldstätten-Expedition, wird über die Expeditionsergebnisse und Forschungen in den Perischen Alpen, Einflüsse für Mitglieder 22, für Nichtmitglieder 52

Neuer Kaiserrummel.

In einer Reihe von deutschen und preussischen Amtsstuben zirkuliert gegenwärtig wieder eine in schwülzig-theologischem Sinn gehaltene Glückwunschsadresse an den Schloßherrn von Doorn, der einstmals das deutsche Volk „herrlichen Zeiten entgegenführen“ wollte. Wenn sich nach allem Vorgelassenen immer noch Deutsche finden, die es für zweckmäßig halten, dem gewesenen Kaiser zu gratulieren, so kann man sie bedauern ob ihrer Bedientennatur, aber mit aller Schärfe muß man dagegen Einspruch erheben, daß diese monarchistischen Kundgebungen in den Räumen der republikanischen Bureaus und, wie das vielfach vorkommt, sogar unter Billigung und Mitwirkung von Amtsvorständen veranstaltet werden. Jeder dieser Amtsvorsteher, der solche Unterschriften-sammlung veranstaltet oder duldet, sollte schleunigst zur Rechenschaft gezogen werden.

Einen anderen Kaiserrummel scheint man in Dresden ins Werk setzen zu wollen. Dort soll — ausgerechnet am 27. Januar! — eine große Kundgebung „der Landwirtschaft“ veranstaltet werden, um die Solidarität der Agrarier mit „dem Handwerk“ zum Ausdruck zu bringen. Augenscheinlich ist der 27. Januar nur gewählt, um dem „Handwerker“ Wilhelm von Doorn eine Ovation darbringen zu können. Diese Herrschaften spotten ihrer selbst und wissen nicht viel!

Grenzfragen in Oberschlesien.

Ratibor, 17. Januar. (M.B.) Die Gemeindevertreter von Adamowiz und Raschütz einerseits sowie von Gurek und Stodoll andererseits haben gemeinschaftlich den Beschluß gefaßt, diese Gemeinden gegenseitig auszutauschen. Unter eingehender Vorlegung der wirtschaftlichen Gründe haben die Gemeindevertreter sich an die deutsche Interessengemeinschaft in Ratibor gewandt und um Vertretung ihrer Interessen gegenüber den in Frage kommenden Behörden gebeten. Da nun aber die Gemeinden Gurek und Stodoll diesseits der neuen deutsch-polnischen Grenze liegen, der Genfer Beschluß aber in der Grenzziehung bei Nieborschau nicht ganz klar gefaßt ist, hat sich die deutsche Interessengemeinschaft auf den Standpunkt gestellt, daß die beiden Gemeinden Adamowiz und Raschütz auf legalem Wege bei Deutschland bleiben werden. Adamowiz und Raschütz sind 2 Kilometer von den nächsten Bahnstationen Markowiz und Kensa, welche bei Deutschland bleiben, entfernt.

Das befreite Irland.

London, 17. Januar. (M.B.) Gestern nachmittag hat im Dubliner Schloß der Vizekönig von Irland den acht Ministern der einstweiligen Regierung des Freistaats die Regierungsgewalt übergeben, die seit 700 Jahren von den Vertretern Englands ausgeübt wurde. Die Bekanntgabe dieser Nachricht hat in Dublin große Freude hervorgerufen. Als die Sinnfeiner-Minister unter Führung von Michael Collins im Schloß eintrafen, kam es zu stürmischen Kundgebungen.

Wirtschaft

Gleitende Pachtzinsen.

Infolge der Geldentwertung ist man schon auf verschiedenen Gebieten dazu übergegangen, Pachtverträge nicht mehr in Mark, sondern nach gewissen Naturalwerten abzuschließen. In der Landwirtschaft wird neuerdings gewöhnlich eine bestimmte Menge verschiedener Fruchtarten oder ihr Wert als Pachtzins berechnet. Eine eigenartige Regelung trifft nun der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zur Einführung eines gleitenden Pachtzinses für staatsökonomische Fischereien. Ein ähnliches Verfahren wird bereits bei Verpachtung von Domänen angewandt.

Der als Pachtzins gebotene Geldbetrag ist hiernach nur für das erste Pachtjahr zu entrichten, für das zweite und jedes spätere Jahr wird der Pachtbetrag in der Weise ermittelt, daß zunächst festgestellt wird, wieviel der Berliner Durchschnittsmarktpreis für eine vertragmäßig zu bestimmende Art fischer Fische in Eispackung für jedes der beiden letzten vor dem betreffenden Pachtjahre liegenden Kalenderjahre betragen hat und dann die gebotene Pacht nach dem Verhältnis der beiden Jahresdurchschnittsmarktpreise zueinander erhöht oder erniedrigt wird. Die Nebennutzungen der Pachtgewässer, wie die Gras-, Rohr-, Schilf- und Binsenutzung, die Saadnutzung, das Recht zur Entnahme u. v. sind grundsätzlich zusammen mit der Fischereirechte an denselben Pächter zu verpachten; die Entschädigung dafür soll in der Regel im Pachtvertragszins mit abgeolien werden.

Das von dem Minister angeordnete Verfahren feet, wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, nicht nur im fiskalischen Interesse, sondern mehr noch im Interesse der Pächter, daß ihnen ermöglicht wird, leichter und mit größerer Sicherheit als bisher zu übersehen, welche Leistungen sie dem Verpächter gegenüber übernehmen und wieviel sie in ihren Geboten sehen können ohne durch die Schwankungen des Geldwertes gefährdet zu werden.

Das geplante Abwehrverbot im Textilhandel hat, wie sich die „F. S.“ schreiben läßt, sehr arbeitslose Formen angenommen. Man will, um eine Kampforganisation gegen die Ueberschüsse der Produzenten zu schaffen, die gesamten Einzelhandelsgeschäfte, Waren- und Kaufhäuser in den einzelnen Orten zusammenfassen und sie bei hoher Vertragsstrafe verpflichten, sich den Wünschen der Kartellleitung strikt zu unterwerfen. Man rechnet auf diese Weise mehrere tausend Firmen, unter ihnen die wichtigsten Großabnehmer, zusammenzuschließen zu können, und glaubt, daß Sperremaßnahmen meist gar nicht erforderlich sein werden, weil schon das Vorhandensein der Organisation genügen würde, um die Wünsche der Abnehmer zur Geltung zu bringen. — Die Besprechungen im Textilhandel sind deshalb zu begrüßen, weil gegenüber der Kartellleitung der Produzenten nur eine abgeschlossene Macht der Abnehmer Aussicht darauf hat, auch Wünsche der Verbraucher zur Geltung zu bringen. Der Sozialist kann aus den im Norddeutschen Verhandlungen auch das lernen, um wieviel härter er seine Macht zur Geltung bringen könnte, wenn sämtliche Konsumenten in großen Genossenschaften zusammengelassen wären und nur die Androhung eines Käuferstreiks genügen würde, um Ueberschüsse einzelner Produzentengruppen im Reine zu erlösen.

Die amerikanischen Exportvorschlüsse. Vor rund einem halben Jahre wurde die Aufgabe der jetzt als Export-Institut ererbten Amerikanischen Kriegsfinanzbank auf die Gewährung langfristiger Kredite für den Verkauf von Ackerbaugeräten erweitert. Das hat nach einem Bericht der Kommission an den Kongreß erfreuliche Wirkungen gezeigt. Bis zum 30. November, dem Datum des Berichts, betrafen sich die Vorschläge der Korporation für Verkäufe von Bodenerzeugnissen und Vieh auf über 82 000 000 Dollar, darunter für Verkäufe von Baumwolle auf 22 000 000 Dollar, von Getreide auf 16 000 000 Dollar und von Vieh auf 13 000 000 Dollar. Außer an die Farmer wurden, so meldet F.B.S., Exportvorschlüsse in Höhe von insgesamt 51 500 000 Dollar gegeben, darunter für die Finanzierung der Baumwollausfuhr 25 000 000 Dollar und der Getreideaufuhr 11 500 000 Dollar. Von den gesamten Darlehen der Bank haben Genossenschaften 32 000 000 Dollar, Bank- und Finanzinstitute 72 000 000 Dollar und Exporteure 9 000 000 Dollar erhalten.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs.

Die neuen Fahrpreise.

Die Stadtverordnetenversammlung wird die Deckungsvorlage mit der weiteren Steigerung der städtischen Tarife an den Ständigen Haushaltsausschuß zur Vorberatung überweisen. Voraussichtlich, daß der Ausschuß keine Verhandlungen in der nächsten Woche beendigt, können die erhöhten Tarife der Werke für die Standaufnahmen im Januar und für die Straßenbahn Ende Januar, für die Zeitkarten am 1. Februar in Kraft treten. Der Verwaltungsrat der Straßenbahn hat für die Durchführung der Straßenbahntarifierhöhung folgenden Einzelschlägen des Verkehrsamts zugestimmt:

Einzelfahrtscheine auf dem gesamten Straßenbahnnetz 2 M. (bisher 1,50 M.).

Sammelkarten innerhalb des Netzes der ehemaligen Vorortbahnen in Spandau, Cöpenick, Heiligensee und Teltower Kreisbahnen 8 Fahrten zu 1,75 M. = 14 M. (bisher 10 M.).

Amsteigefahrtscheine auf dem Hauptnetz im Umsteigeverkehr von Straßenbahn zu Straßenbahn 3,50 M. (bisher 2,50 M.), im Umsteigeverkehr von der Straßenbahn zur Hoch- und Untergrundbahn 3,50 M. Von der Hochbahn zur Straßenbahn werden Umsteigefahrtscheine zum gleichen Preise ausgegeben. Die Umsteigefahrtscheine beider Verkehrsunternehmen werden in der Form gleichartig ausgestaltet und unterscheiden sich nur durch die verschiedene Farbe. Der Umsteigefahrtschein wird in seiner Benutzungsfrist erweitert. Bestehen bleibt nur die einschränkende Bestimmung, daß die zweite Fahrt am gleichen Tage innerhalb zweier Stunden nach der durch Logung auf dem Fahrplan gekennzeichneten Stunde angetreten werden muß. Umsteigefahrtscheine innerhalb des Netzes der ehemaligen Vorortbahnen in Spandau, Cöpenick, Heiligensee und Teltower Kreisbahnen 2 M. (bisher 1,50 M.).

Zeitkarten für das Hauptnetz für eine Linie 170 M. (150 M.), für zwei Linien 220 M. (165 M.), für drei Linien 280 M. (210 M.), für alle Linien 440 M. (370 M.). Zeitkarten für die Vorortbahnen für eine Linie 100 M. (75 M.), für alle Linien 130 M. (100 M.).

Schülerkarten 40 M. (30 M.).

Arbeiterwochenkarten auf dem Hauptnetz für 6 Fahrten 10 M. (7,50 M.), für 12 Fahrten 20 M. (15 M.), für 48 Fahrten 80 M. (60 M.). Arbeiterwochenkarten auf den Vorortbahnen für 12 Fahrten 10 M. (12 M.). Die bisherige Einkommensgrenze für die Berechnung zum Besitze der Arbeiterwochenarten wird von 5000 M. auf 10 000 M. erhöht.

„Mister Smith“ aus Amerika.

Wo Amerikabriefe zuweilen bleiben.

Briefe aus Amerika haben seit geraumer Zeit das Mißgeschick, daß sie ihr Ziel nicht erreichen. Das kommt daher, weil man in der Regel amerikanisches Geld in ihnen vermutet. Sehr oft trifft das auch zu. Viele Briefe werden nun, wie festgestellt ist, von ungetreuen Hilfskräften der Post unterschlagen, vernichtet, wenn sie kein Geld enthalten, und sonst ihres Inhaltes beraubt.

So kam erst jetzt wieder eine Frau Anna Fühling aus der Gartenstraße um 23 000 M. In diesem Falle hatte der Brief einen Scheid enthalten. Das zwang den ungetreuen Vetter, den Ausschreiber Wächter, zu einem besonderen Kniff. Frau Fühling war von ihrem Bruder in Amerika ein Scheid über 28 000 M. als Weihnachts Geschenk zuwandelt worden. Wächter hatte nun durch Unterschlagung mehrere Briefe vorher von den Beschlagnahmungen der Postmeister Kenntnis erhalten. Er schmiedete auch diesen Weihnachtsbrief mit dem Scheid. Er vernichtete nun den Brief, schrieb einen neuen und stellte sich der Empfängerin als „Mister Smith“ aus Amerika und Geschäftsfreund ihres Bruders vor, der ihr ein Weihnachtsgeschenk von 5000 M. wachen wolle, während er — Smith — von dem von 28 000 M. lautenden Scheid 23 000 M. erhalten solle. Der Scheid, den er in Gemeinschaft mit dem Arbeiter Scheid ausmachte hatte, gelang, als er nachträglich von der Frau Fühling, in denen sie von anderer Seite bekräftigt wurde, sie ein jetzt zur Polizei und so dem der Verurteilung zur Kenntnis der Kriminalpolizei brachte, die den Ausschreiber Wächter und den Scheid als Schwindler enttarnen und festnahmen. Bei den Verhaftungen fand man nichts mehr vor. Scheid behauptet, er habe 6000 M. abgeholt, diese seien ihm aber von einem Mädchen gestohlen worden. Wächter wollte alles ausrechnen lassen. Welche hatten sich auch neu eingestellt und auch sonst nicht leicht. Man bezweifelte aber doch, daß er seinen ganzen Anteil an der Verurteilung habe, und sah sich deshalb in seiner Umklekabine näher um. So sah man bei seiner Mutter in einem „Magazinet“ unter der Hand versteckt noch 7000 M., die beschlagnahmt wurden.

Die fertigen Verurteilungen dieser Art lassen es vielleicht geraten erscheinen, daß die Post Briefe aus Amerika nicht mehr an die Empfänger austragen, sondern diese die Briefe auf dem Amt abholen läßt.

Der Sengiger Raubüberfall vor Gericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann heute die Verhandlung gegen drei aus Wien kommende Angeklagte, die sich wegen Ermordung des Mühlentöblers Sengiger in Sengig bei König Wilhelmsdorf zu verantworten haben. Es handelt sich um einen besonders dreisten Überfall einer Raubbande von 5 Personen, zu der die drei Angeklagten gehörten, auf den Mühlentöbler Sengiger in seinem ebenerdigen Hause, wobei der Täter, den Angeklagten Brzanski, festgenommen, durch dessen Aussagen die Mitangeklagten Dolinka und Wiltsch ermittelt werden konnten, während die anderen — gleichfalls Polen — nicht gefaßt wurden. Die umfangreiche Beweisaufnahme wird dadurch erleichtert, daß zwei der Angeklagten der deutschen Sprache nicht voll mächtig sind und ein Dolmetscher einreisen muß. Wir werden des Urteil nach Beendigung der auf mehrere Tage angelegten Verhandlung mitteilen.

Ein Straßenbahnzusammenstoß in der Neuen Königstraße, bei dem sieben Fahrgäste verletzt wurden, ereignete sich heute vormittag. In der Nähe des Alexanderplatzes sprang ein Anhängewagen der Linie 74 aus den Schienen und legte sich gerade im Augenblick des Voranfahrens eines aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Wagens quer über die Schienen. Der von der anderen Seite kommende Wagen fuhr in den Anhänger hinein, und sieben auf dem Perron stehende Personen wurden durch den Zusammenstoß verletzt. Nach Anlegung von Notverbänden konnten sechs der Verletzten in ihre Wohnungen entlassen werden, während der Siebente in das Krankenhaus am Friedrichshain überführt werden mußte.

Steuerbücher und Lohnabzug. Vielfach wird auch Lehrlingen mit geringem Verdienst ein Steuerbuch zugewiesen. Daraus wird oft von Lehrlingen und Lehrherren zu Unrecht gefolgert, daß dann der Lehrling auch Steuern zu zahlen hätte. Das trifft jedoch nur dann zu, wenn der Jahresarbeitsverdienst bei lediglich 16 Personen 7800 M. übersteigt (650 M. monatlich, 156 M. wöchentlich). Bis zu dieser Höhe ist kein Lohnabzug vorzunehmen und das Steuerbuch ist erst dann zu benutzen, wenn das Einkommen ein höheres wird, und dieser Mehrerwerb ist dann mit 10 Prozent zu versteuern.

Mit dem Schulwesen im neuen Reichland beschäftigt sich ein Schilder- und Verlagsabend des Studienrats Franz Müller. Den bei entliehenen Schullehrern zugunsten der künftigen

russischen Schuljugend am Dienstag, 17. Januar, abends 7½, hält, in der Aula des neuen Siemens-Realschulhauses, Hohenstaufenstr. 47/48 (Untergrundbahnhaltestelle Victoria-Luisen-Platz), abhalten.

Das Arbeits- und Feiertagsgesetz. Die Kurse in Schnelerei-Anleitung zur Ausbildung für den eigenen Bedarf beginnen am 16., 17., 18., 19. Januar. Unterrichtszeit: vormittags, nachmittags oder abends. Meldungen schriftlich oder telephonisch an Frau Ilse Müller-Deitrich, Friedenau, Kengelstr. 1. Sieglitz 1512. Meldungen sofort erbeten.

Brandkatastrophe auf einem deutschen Dampfer.

11 Mann der Besatzung umgekommen.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ ist der deutsche 5000-Tonnen-Dampfer Besta gestern in der Nordsee vollkommen verbrannt. 11 Personen haben ihr Leben eingebüßt. Die Besta war auf dem Wege von Hamburg nach Lissabon mit einer Ladung Benzol. Einige der Passagiere wurden infolge des Schneesturms über Bord gespült und explodierten im Wasser. — Wie weiter aus London gemeldet wird, landete ein Fischdampfer gestern in Lomekoff die Ueberlebenden von der Besatzung des deutschen Dampfers Besta.

Grippeepidemie in Stockholm. Die Grippe hat sich in Stockholm so stark verbreitet, daß fast die Hälfte der Einwohnerschaft mehr oder weniger daran erkrankt ist.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Teilweise aufklarend, jedoch überwiegend trübe und neblig, mit leichten Schneefällen und größtenteils schwachen südlichen Winden. Temperatur nahe bei Null.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 17. Januar

(nicht Mittwoch, den 18. Januar) 6½ Uhr Konferenz der Wohlfahrtsausschüsse im Godesaal des Museums, Weinmeisterstr. 16-17. Tagesordnung: Vortrag des Grafen Blum, Direktor der Fürsorge-Erziehungsanstalt „Lindenhof“, über „Fürsorgeerziehung“. Freunde unserer Sache, insbesondere Wohlfahrtsbeamte, sind sehr willkommen.

Morgen, Mittwoch, den 18. Januar:

4. Kreis (Friedrichsberg). 7 Uhr bei Burg, Frenzlauer Allee 189. Kreis- und Abteilungs-Vorstand-Sitzung. Elternbeiräte und Elternvereine Berlin-Mitte. 7 Uhr Versammlung im Bürgerheim, Alte Schönhauser Straße 23

Der Bürgermeistermord im Odenwald.

Heidelberg, den 16. Januar.

Ein Doppelmord, der im vergangenen Sommer das größte Aufsehen erregte und der in der Geschichte des Odenwaldes nicht seinesgleichen hat, begann vor dem Heidelberger Schwurgericht. Die Anklage richtete sich gegen den Bahnarbeiter Leonhard Siefert, der beschuldigt wird, den Herforder Oberbürgermeister Busse und den früheren Herforder Bürgermeister Werner am Waldgraben bei Heidelberg ermordet zu haben. Siefert ist ein schlank gebauter junger Mensch mit schwarzem, nach hinten gekämmtem Haar und kleinem Schnurrbart. Er macht keinen unsympathischen, aber einen verschmitzten Eindruck und würde, wenn man ihm auf einsamen Waldwegen begegnete, auch bei ängstlichen Gemütern keine Furcht erregen. Siefert bestritt die beiden ihm zur Last gelegten Verbrechen, denen folgende Tatsachen zugrunde liegen:

Oberbürgermeister Busse hatte am Städtetag in Stuttgart teilgenommen und war im Juni v. J. von dort nach Heidelberg gefahren, wo er seinen seit zwei Jahren im Ruhestand lebenden Freund Werner besuchen wollte. Am 29. Juni, dem Peter- und Paulstage, waren beide nachmittags mit der Bergbahn auf den Königstuhl gefahren, um einen kleinen Waldspaziergang zu unternehmen, von dem sie nicht mehr zurückkehrten. In den folgenden Tagen wurden umfangreiche Streifen der Polizei nach den Vermissten unternommen, die ergebnislos verblieben. Die Stadt Herford setzte 10 000 M. Belohnung für die Auffindung ihres Oberbürgermeisters aus, die Schwester des Bürgermeisters Werner führte 5000 M. Belohnung zu, die Stadt Heidelberg und das badische Polizeiministerium setzten ebenfalls je 5 000 M. für die Ermittlung der Täter aus. Der Herforder bemächtigte sich eine von Tag zu Tag wachsende tiefergehende Erregung, hatte doch bisher der Odenwald mit seinen gut auszuflechtenden Wegen als eines der sichersten Gebiete Deutschlands geruht.

Da sich plötzlich zehn Tage nach dem Verschwinden der beiden Bürgermeister bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige von Wichtigkeit ein, die den Weg nach dem mutmaßlichen Mörder wies, der schon bald darauf verhaftet werden konnte. Ein junges Mädchen, Berta Krommüller, Tochter der Maria Krommüller in Jüdelshausen, teilte der Staatsanwaltschaft mit, daß sie bei dem in der Wirtschaft ihrer Mutter in Rietz wohnenden Bahnarbeiter Leonhard Siefert

einen Brief gefunden

habe, der an den Oberbürgermeister Busse adressiert und von dessen Gemahlin unterschrieben war. Sie teilte darauf die Staatsanwaltschaft Siefert vor, daß sie bei einer Hausdurchsuchung in einer mit allen Nummern versehenen Kiste mit Schlüsselröhren besetzte Briefschloß und in der Tasche Siererts eine silberne Uhrstunde, die Busse gehörte und die keine Blutspuren aufwies. Siefert bestritt, von der Uhrstunde etwas zu wissen, und er könne nicht sagen, wie sie in seine Tasche gekommen sei. Am Tage der Verhaftung trat er abends um 11 Uhr wieder in die Wirtschaft Krommüllers und sagte, er habe nun eine Erbschaft gemacht, brachte auch gleich 1200 M. und einige Tausend hinter den Rest mit 500 M. Auch sonst machte er in den nächsten Tagen ordentlich Mißgunst.

Auch nach der Verhaftung Siererts, der jede Schuld an dem Mord bis heute entschieden bestritt, harrte der Wald nach langem das höhere Geheimnis der beiden Ermordeten. Erst am 11. Juli wurden oberhalb des Sammelbacherhofes am Aufstieg zum Waldgraben Stein

die Erlichen unter Felsblöcken verdeckt

gefunden. Beide Toten lagen etwa 80 Meter voneinander entfernt und waren unterhalb des Berges im Halbdunkel des Waldes so gut begraben, daß nur der Verwesungsgeruch den Ort schließlich verraten konnte. Bei der Untersuchung im katholischen Institut stellte sich heraus, daß Oberbürgermeister Busse von einem Schuß durchbohrt war, der die Herzwurzel zerriß, während der Bürgermeister Werner von hinten mit einem Gewehrstoß auf der Brust erschlagen wurde. Er hatte mehrere schwere Schädelbrüche. In der Hofstube der Witwe Busse fand man den abgetrennten rechten rechten Ringfinger des Ermordeten. Der Täter hatte den Ertrag von dem Finger nicht schnell genug abstreifen können und konnte kurz vor dem Finger abtrennen. Der Ertrag von Busse, sowie ein Brillenträger von Werner wurden von Siefert einem Uhrmacher in Heidelberg gegeben.

Der Frankfurter Gerichtschreiber Dr. Kopp hat eine Reihe von blauen Fingerabdrücken, die er an der Brieftasche des ermordeten Bürgermeisters Werner fand, mit den

Fingerabdrücken Siererts

verglichen und eine genaue Uebereinstimmung gefunden. Ferner entdeckte er in der Innenseite des Rockes von Siefert blutige Fingerabdrücke. Auch an dem Ärmel Siererts, namentlich am Rockärmel, wurden zahlreiche Blutspuren entdeckt. Siefert selbst behauptet bis zum heutigen Tage, daß er vollständig unschuldig sei und nicht das geringste mit der Mordtat, weder als Täter noch als Mittäter zu tun habe.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnbewegung in der Herrenkonfektion.

In einer Versammlung aller in der Herrenkonfektion beschäftigten Schneider, Schneiderinnen, Schneider und Schneiderinnen berichtete Kuebach über die im Reichsarbeitsministerium geführten Lohnverhandlungen. Diese haben nach den Ausführungen des Redners kein befriedigendes Ergebnis gezeitigt. Das Schiedsgericht hat am 9. d. M. getagt und einen Spruch gefällt, nach dem nur 10 Proz. statt der geforderten 40 zugebilligt werden. Die Beiräte haben über den Spruch beraten und sich nach Würdigung aller vorliegenden Verhältnisse für die Annahme ausgesprochen. Auch Verhandlungskommission und Betriebsräte sind zu diesem Entschluß gekommen.

Als ein erfreuliches Zeichen hob der Redner hervor, daß die Mitgliederzahl des Bekleidungsarbeiterverbandes im letzten Vierteljahr um 6000 zugenommen habe.

Nach einer sehr umfangreichen Aussprache wurde eine Resolution gegen wenige Stimmen angenommen, in der die Versammelten gegen die Stellungnahme des Reichs „über ihre Köpfe hinweg“ protestieren, da über Annahme und Ablehnung eines Schiedsspruches die Mitglieder selbst zu entscheiden haben. Ferner wird gegen die Zulage protestiert und die Leitung aufgefordert, sofort neue

Lohnforderungen zu stellen und mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß der Reichstarif noch im Frühjahr 1922 in Kraft treten kann.

Die Heberarbeit im Bergbau beschäftigte eine Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, die in Bochum tagte. Die Heberarbeit wurde von der Erfüllung einer Reihe bekannter Forderungen abhängig gemacht, u. a. von einem Reichsmantelstarif für den Steinkohlenbergbau und der Zahlung des Soziallohnes und der Urlaubvergütung nur an Mitglieder der Bergarbeiterverbände. Ferner wurde verlangt, daß bei allen künftigen Tarifverhandlungen die Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage durchgeführt wird. In der Steuerfrage stimmte die Konferenz einmütig den 10 Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes zu.

Club der technischen Angestellten und Beamten. Fachgruppe Hoch- und Tiefbau und Architekten. Freitag 7 1/2 Uhr Versammlung in den Sophienkloster, Sophienstr. 17/18. Rollige Kaufmann referiert über den Wiederaufbau Norddeutschlands.

Werktätiger Haus Genossenschaft Berlin. Generalversammlung Donnerstag 7 Uhr im Restaurant Schultheis, Arns Jochstr. 24/25.

Verband der Steinseher, Plasterer und Berufsgehilfen. Betriebsräte, Betriebsbeiräte und Vertrauensmänner! Mittwoch 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelhofer 24/25, wichtige Zusammenkunft.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freiwirtschaftliche Gemeinde. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr Doppelallee 15 Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Herrn C. Dammig: Die neuen Ausgaben. Bericht des Vorstandes usw. Mitgliederkarte ist vorzulegen. — **Der Bund Deutscher Militär-Anwärter** hält Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr im Lehrerseminarhaus in Berlin, Alexanderstr. 41, eine öffentliche Protokollversammlung ab. In dieser soll die wertvolle Sache der mit dem Rotenarbeitsdienst entlassenen ehemaligen Unteroffiziere behandelt werden.

Verantwortl. für den vordm. Teils Franz Althaus, Berlin-Lichterfelde; für die Anzeigen: Th. Glöck, Berlin, Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.





Münzstr. 24
Erste Etage

BERLOWITZ

Große Auswahl! + Billigste Preise!

Garantie für Haltbarkeit!

Münzstr. 24
Erste Etage

Metall-Bettstellen
Kinderwagen
Bettfedern
Korbmöbel
Fürst-Neukölln
Hermannstr. 38
E. Mahlowstr.

Korbmöbel
kauft Sie am vorteilhaftesten direkt bei den Herstellern.
A. Sesdan
Ausküster für feine Korbmöbel
Fernspr. Neukölln 1799
Ausstell. u. Verkauf nur Neuk. Anzeigerstr. 21

GOLD-SILBER-PLATIN
kauft
Gotzkowskyst. 19

Zeltungspapier!
gebündelt, kg 2.50
Kausen! Waschen!
Neukölln, Große 178
Kappelschmidt, Rein Baden
Techn. Neukölln 281.

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Gehilfen,
50, Waldemarstraße 61.

Ankauf
VON
Gold-, Silber-Bruch, Barren
Brillanten, Platin
Zahngelbissen, Quecksilber
Edelmetallgroßhandlung
HEINRICH TRAPP
handelsgerichtl. eingetr. Firma
Beuthstraße 10 (Laden)
am Spittelmarkt

Eigene Schmelze

Zentr. 1576

Zinn, Blei
Lagermetall
und sämtliche Almetalle
kauft
Metallschmelzwerk
Waldemarstraße 74,
Telephon Moritzpl. 9355

Zinn
Gold-, Silber-Bruch,
Quecksilber,
Blei, Kupfer, Platin
usw.
kauft zum Engrospreise
Scharnow, Gänge Str. 35,
am Schlesischen Bahnhof

Den ältest. Damen-oder Herrenhut
preisen wir auf d. neuert.
u. schicksten Formen zu den
billigst. Tagespreisen bei
Cina Rehgger
vis-a-vis Wf. Hermannstr.

Brillanten Gold- und Silber-Bruch
sind bei der heutigen Valuta
— große Werte! —
Nur das reelle Juwelengeschäft, welches
Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Ge-
währ für die bestmögliche Verwertung
Ihres Schmuckes.

Otto Köppen, Juwelier,
Große Frankfurter Straße 105,
9 bis 7 Uhr.
Gegründet 1885

Brillanten
Gold- Silber- Platin-
Gegenstände aller Art, Bruch usw.
kaufen stets zu den höchsten Preisen
Gebr. Fuhrmann Nollendorfstr. 39
1 Min. v. Nollendorfpl.

Unser dies-jähriger Inventur-Ausverkauf

bietet eine außerordentlich günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen

Kleiderstoffe

Musseline neue Dirndluster Meter 12⁷⁵
Weisse Frottéstoffe Meter 36⁰⁰
Tennis-Blusenflanelle Meter 13⁷⁵
Schwarz-weiße Karos doppeltbreit Meter 19⁷⁵
Reinwollene Popeline doppeltbreit Meter 64⁰⁰
Reinwollene Cheviots 130 cm breit Meter 69⁰⁰
Schwere Kostümmstoffe doppeltbreit Meter 26⁷⁵

Blusen, Röcke

Waschblusen weiß u. farbig Battist 27.50 18⁵⁰
Sportblusen schwere Qual., helle Streifen 49⁵⁰
Flanellblusen schöne dunkle Muster, offen und geschlossen 59⁷⁵
Jumper in einfarbig gestreiften und karierten Stoffen 79⁵⁰
Kleiderröcke modern verarb., verschiedene Farben . . . 39.75 28⁵⁰
Unterröcke aus weich. Halb- tuch mit Plissévolant 52⁷⁵

Strumpfwaren und Handschuhe

Herrenschweißsocken grau 7⁸⁵
Herrensocken Wolle 14⁷⁵
Damenstrümpfe Baumwolle, engl. lang, weiss und leder 6⁹⁰
Damenstrümpfe ohne Naht, engl. lang, schwarz, leder 11⁷⁵
Damen-Trikothandschuhe Kgefämnert 18⁷⁵
Kinderstrümpfe Baumwolle, Größe 3-5 3⁹⁵
Sportstutzen reine Wolle 13⁷⁵

Baumwollwaren

Hemdentuch für Leib- und Bettwäsche Meter 19⁷⁵
Handtücher grau, gestreift und gebändert Stück 8⁷⁵
Bettbezug fertig genäht, zum Knöpfen Stück 140⁰⁰
Bettlaken ohne Naht, fertig genäht Stück 98⁷⁵
Wischtücher kariert, 55 x 55 cm Stück 6⁷⁵
Bettinlett gestreift Meter 29⁷⁵
Lederstaubtücher imit. Stück 2⁹⁵

Kleider, Mäntel

Batistkleider weiß, farbig garniert 95⁰⁰
Backfischkleider schöne, moderne Karos 148⁰⁰
Voilekleider verschiedene, schöne Muster 168⁰⁰
Jackenkleider einfarbig und meliert, auf Seide gefüttert 145⁰⁰
Mäntel mit farbiger Garnitur, modern verarbeitet 95⁰⁰
Flauschmäntel verschiedene Farben, gute Qualität 295⁰⁰

Redarfsartikel

Herren-Barchenthemden 49⁷⁵
Herren-Beinkleider festes Trikotgewebe 17⁵⁰
Damen-Schlupfhöschen in vielen Farben 29⁷⁵
Kinder-Trikots 60 cm lang 9⁵⁰
Druckknöpfe rostfrei 3 Dutzend 20 Pf.
Strickgarn reine Wolle, grau und schwarz, gute 16⁷⁵
Kissen vorgezeichnet, rein Leinen 14⁸⁵

Herrenartikel

Stehumlegekragen Halsweite 39 u. 40 5⁷⁵
Stehkragen Ia Qualität, einzelne Weiten 4⁵⁰
Hosenträger Restbestände 2⁴⁵
Strickbinder schöne Streifenmuster 10⁷⁵
Vorhemden gestreift Parkal 5⁷⁵
Herr.- u. Damen-Gamaschen viele Farben, alle Größen 27⁵⁰
Knaben-Rodelmützen 5⁴⁵

Gardinen

Künstlergardinen 2 Seha's u. 1 Querbehang Garnitur 97⁵⁰
Etaminestoff 11⁷⁵
buntgestreift Meter 4⁷⁵
Scheibenschleier englisch Tüll Stück 65⁰⁰
Tüllbettdecke mit Bandein- fassung Stück 9⁷⁵
Englisch-Tüllgardinen Scheibenbreite Meter 16⁷⁵
Tischdecke engl. Tüll Stück

Schürzen

Wiener Damenschürzen in hübschen Mustern 35⁷⁵
Weiße Zierschürzen mit Trägern 21⁷⁵
Mädch.-Hänger- u. Reform- Schürzen Mischgewebe, 70-100 lg. 5⁷⁵
Mädchen-Reformschürzen gute Qualität 9⁵⁰
Mädchen-Hängerschürzen glatt und gestreift 11⁵⁰
Mädchen-Hängerschürzen weiss, mit Stickerei, zum Binden 23⁵⁰

Wäsche

Damenhemden gute Qualität 38⁵⁰
Damenhemden mit breiter Stickerei 43⁷⁵
Damen-Unterröcke m. breitem Stickerei-Volant 42⁷⁵
Damen-Beinkleider Knieform, m. breif. Stickerei 29⁷⁵
Damen-Beinkleider Barchent, geschl. m. Stick. 44⁷⁵
Damen-Untertaillen mit Stickerei 9⁷⁵
Damen-Nachthemden m. Stickerei, reich garniert 82⁰⁰

Einzelne unangestäubte Wäschegegenstände, Reste und Abschnitte von Wäschstoffen, Wollstoffen, Seide, Hemdentüchern, Handtüchern usw. zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Kaufhaus Singer & Co., Chausseestr. 61-62